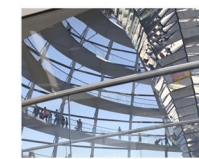
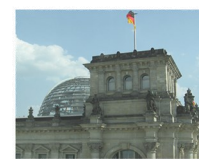




# Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

29. November 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

letzte Woche hat sich der Koalitionsausschuss darauf geeinigt, verschiedene **rentenpolitische Maßnahmen** noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen, und zwar:

- Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten, die noch über das hinausgehen, was im Koalitionsvertrag verabredet war und die viele Menschen vor Altersarmut bewahren,
- die Stärkung der betrieblichen Altersversorgung durch Verbesserungen bei der Betriebs- und Riesterrente
- und, endlich, die Ost-West-Rentenangleichung, ein wirklich schon lange gemachtes Versprechen für die Menschen in Ostdeutschland.

Mehr Informationen zu den Verabredungen findet man [hier](#).

Im **Projekt „Neue Gerechtigkeit“** hat sich die SPD-Bundestagsfraktion über die letzten Monate mit Wissenschaftlern, Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Gruppen ausgetauscht und an Konzepten getüftelt – Ergebnisse sind Ideen für eine Sozialversicherung für Solo-Selbstständige, für bessere frühkindliche Bildung und für ein Einwanderungsgesetz. Letzten Freitag haben wir unsere Vorschläge vorgestellt und mit über 800 Gästen auf einer Konferenz hier im Bundestag diskutiert. Nun beginnt der nächste Schritt, denn in den kommenden Monaten werden wir die Ideen in parlamentarische Initiativen umsetzen. [Hier](#) gibt es ein Video der Konferenz und Ergebnisse zum Download.

In den Plenarsitzungen des Bundestages geht es diese Woche unter anderem um das **Bundesteilhabe-gesetz, Verbraucherschutz bei Breitbandleistungen** und die **Pflegereform** – mehr dazu auf den folgenden Seiten.

Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

*Brigitte Zypries*

## +++ Ausschreibung +++

### Jugendmedienworkshop im Bundestag

Vom 5.–11. März 2017 findet zum 14. Mal der Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag statt. Die Veranstaltung wendet sich an junge Leute, die besonderes Interesse an Journalismus, Medien und Politik haben.

Eine Woche lang können 30 interessierte Jugendliche **in Redaktionen hospitieren, Hauptstadt-Journalisten treffen, mit Abgeordneten diskutieren, Plenarsitzungen im Bundestag besuchen und eine eigene Zeitung machen.**

Im Jahr des Reformationsjubiläums geht es dieses Jahr um Fragen von Glauben, Freiheit und Offenheit, der Titel lautet:

„Glaubensfragen?“

Religion und Gesellschaft heute“

Interessierte Jugendliche können sich bis zum 8. Januar 2017 auf [www.jugendpresse.de/bundestag](http://www.jugendpresse.de/bundestag) bewerben!



+++ 3. Dezember +++

### Tag der Menschen mit Behinderungen

Mit dem internationalen **Tag der Menschen mit Behinderungen**, dem 3. 12., soll das öffentliche Bewusstsein für die Probleme der Menschen mit Behinderungen geschärft und der Einsatz für ihre Würde, Rechte, Gleichstellung und gesellschaftliche Teilhabe gefördert werden.

Die Vereinten Nationen haben diesen Aktionstag 1992 eingeführt.

Ein tolles Projekt zum Thema aus dem Wahlkreis ist der **Stadtführer für Menschen mit Behinderung in Darmstadt** [www.darmstadt-barrierefrei.de](http://www.darmstadt-barrierefrei.de)!

Ein Optiker in Eberstadt, mit Behindertenparkplätzen? Ein Café in Darmstadt, das Behindertentoiletten hat? Ein barrierefreier Baumarkt in Bessungen? Kann man alles finden, Dank der Website, die der CBF, der Clubs Behinderter und ihrer Freunde in Darmstadt und Umgebung e.V., erstellt hat.

Super Sache!

### Bundesteilhabegesetz – mehr Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Am Donnerstag, als ersten Punkt auf der Tagesordnung, beschließen wir das **Bundesteilhabegesetz**. Das ist eins der ganz großen sozialpolitischen Vorhaben, die wir in dieser Legislaturperiode umsetzen wollten. **Ziel der Reform ist es, Menschen mit Behinderungen mehr gesellschaftliche Teilhabe und mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen.** Gleichzeitig werden damit auch Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt. Diesen völkerrechtlich bindenden Vertrag hat Deutschland 2007 unterzeichnet und seit 2009 ist das entsprechende Gesetz in Deutschland in Kraft. Es sind aber immer noch nicht alle Ziele aus dem Übereinkommen umgesetzt. Das Bundesteilhabegesetz ist ein großer Schritt in diese Richtung.

Ganz nach dem Leitsatz „**Nichts über uns – ohne uns**“, den wir auch in den Koalitionsvertrag geschrieben haben, wurden Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände seit Beginn der Arbeit an dem Gesetz mit einbezogen. Es gab trotzdem auch Kritik und noch sehr viele Verbesserungsvorschläge an dem Entwurf. **Jetzt haben wir noch einmal reagiert und in den vergangenen Wochen viele Verbesserungen am Gesetz vorgenommen.** Die geplanten Regelungen werden jetzt zunächst einmal wissenschaftlich evaluiert und dann in allen Bundesländern erprobt.

**Das oberste Ziel des Bundesteilhabegesetzes ist es, die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern.** Ganz konkret zum Beispiel dadurch, dass **künftig nur noch ein Reha-Antrag** gestellt werden muss, um alle benötigten Leistungen von verschiedenen Reha-Trägern zu bekommen.

Wer aus einer Werkstatt in den „normalen“ Arbeitsmarkt wechseln möchte, kriegt künftig Rückenstärkung durch das „Budget für Arbeit“: **Arbeitgeber, die einen schwerbehinderten Arbeitnehmer einstellen, bekommen einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 75%** des ortsüblichen Lohnes.

Es wird **mehr Rechte für die Schwerbehindertenvertretungen und Werkstattträte** in Betrieben geben.

Wer Leistungen aus der sogenannten „Eingliederungshilfe“ bekommt (z.B. Hilfen in der eigenen Wohnung, Unterbringung in Wohnheimen oder Werkstätten, Bereitstellung von Integrationshelfern), darf künftig **deutlich mehr vom eigenen Einkommen behalten und sparen. Ehepartner und Lebensgefährten werden weder mit ihrem Einkommen noch mit ihrem Vermögen herangezogen.**

Und, ganz wichtig: **Jeder soll selbst bestimmen dürfen, wie oder mit wem er oder sie lebt.** Selbstbestimmtes Wohnen ist sehr wichtig für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben!



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zyprides@bundestag.de](mailto:brigitte.zyprides@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin

Bilder:

*Daniel Becker, Lina Kramer*

### Transparenz für die Leistung von Breitbandanschlüssen

Wir beraten in dieser Woche, und zwar am Donnerstagabend, die Empfehlung des Wirtschaftsausschusses zur sogenannten „Telekommunikations-Transparenzverordnung“ der Bundesnetzagentur im Plenum.

Dahinter steckt Folgendes: Verbraucher sollen **bessere Informationen über die Leistung ihres Internetanschlusses** bekommen. Heute ist es ja häufig so, dass die tatsächliche Datenübertragungsrate beim Abschluss eines Vertrags nicht bekannt ist und auch nachher nur ziemlich umständlich festgestellt werden kann. Künftig müssen die Anbieter von Telefon- und Internetdienstleistungen ihre Kunden vor dem Vertragsabschluss in einem übersichtlichen Informationsblatt über die verfügbare Datenübertragungsrate informieren.

Außerdem müssen die Kunden in der monatlichen Rechnung über **das aktuell gültige Ende der Mindestvertragslaufzeit und die Kündigungsfrist** informiert werden. Und: Die Kunden können sich künftig einfacher über die **tatsächlich gelieferte Übertragungsrate** informieren und die **Messergebnisse speichern**, damit sie dem Anbieter Abweichungen zwischen tatsächlicher und vertraglich vereinbarter Datenübertragungsrate besser mitteilen können. Das finde ich richtig gut!

### Pflegeberatung in den Kommunen verbessern

Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz („PSG“) haben wir in dieser Legislaturperiode die Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Familien verbessert. Mit dem zweiten wurde dann der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein verändertes Begutachtungsverfahren ab 2017 eingeführt. In dieser Sitzungswoche, am Donnerstagvormittag, werden wir nun das „PSG III“ beschließen, das besonders die **Pflegeberatung in den Kommunen verbessern** und **wirksamen Schutz gegen betrügerische Pflegedienste** bringen soll.

Die Kommunen sollen für fünf Jahre das Recht bekommen, aus eigener Initiative **Pflegestützpunkte** einzurichten. In bis zu 60 Kreisen oder kreisfreien Städten können für die Dauer von fünf Jahren Beratungsstellen als Modellprojekte eingerichtet werden. Über die Anträge von Kommunen, die an diesen Modellvorhaben mitwirken wollen, wird von den Ländern entschieden.

Als Folge von Betrugsfällen bei Pflegediensten soll **die häusliche Krankenpflege stärker kontrolliert** werden. Die Gesetzliche Krankenversicherung erhält dazu ein Prüfrecht: Abrechnungen und Leistungen häuslicher Krankenpflegedienste können regelmäßig vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung überprüft werden.